

VOLKS BLATT | SPLITTER

Nordkorea will nicht

SEOUL - Nordkorea hat erneut den Nutzen der Sechs-Länder-Gespräche über eine Beendigung seines Atomprogramms in Frage gestellt. Die USA wurden erneut beschuldigt, eine feindselige Politik gegenüber Pjöngjang zu betreiben. Ein Sprecher des Ausussenministeriums in Pjöngjang erklärte am Montag, dass es für Nordkorea auf Grund der Haltung der USA nicht möglich sei, an der vereinbarten Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der für September geplanten nächsten Sechsergespräche teilzunehmen. Den USA warf er vor, «die Grundlage für die Gespräche zerstört» zu haben und an einem «fruchtbaren Dialog» nicht interessiert zu sein. (sda)

Protestwelle wächst

BERLIN - Trotz der Korrekturen an Hartz IV wächst der Widerstand gegen die umstrittene Arbeitsmarktreform zusehends: Am Montagabend demonstrierten bis zu 70 000 Menschen in Dutzenden ostdeutschen Städten. Alleine in Leipzig verdoppelte sich die Zahl der Protestierenden von 10 000 vergangene Woche auf laut Veranstalterangaben nun 20 000. Zu den ersten Grosskundgebungen in der Hauptstadt Berlin kamen laut Polizei 15 000 Demonstranten, die Veranstalter sprachen sogar von 30 000 Teilnehmern. Vergangene Woche hatten bereits fast 40 000 Menschen vorwiegend in Ostdeutschland protestiert. (sda)

Blutbad verurteilt

GATUMBA - Der UNO-Sicherheitsrat hat das Massaker im Flüchtlingslager Gatumba in Burundi mit bis zu 165 Toten scharf verurteilt. UNO-Generalsekretär Kofi Annan forderte eine Untersuchung, um die Verantwortlichen zu finden und zu bestrafen. Der UNO-Sicherheitsrat forderte die Regierungen Burundis und der benachbarten Demokratischen Republik Kongo auf, bei der Suche nach den Tätern zusammenzuarbeiten. Die beiden UNO-Beauftragten für Kongo und Burundi wurden mit einer Untersuchung beauftragt. (sda)

UN-Hilfslieferungen blockiert

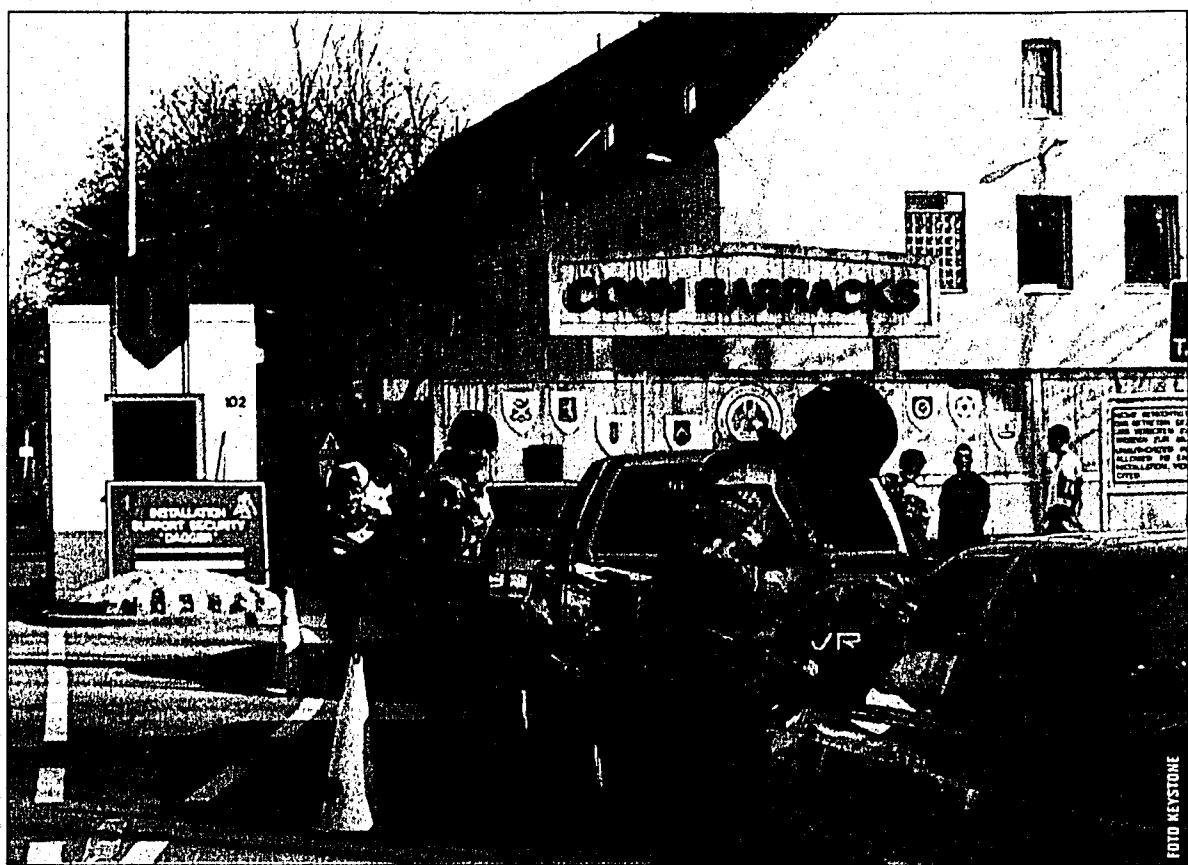
KAIRO - In der sudanesischen Krisenregion Darfur haben Soldaten nach UN-Angeboten den Zugang zu einem Flüchtlingslager blockiert. Mitarbeitern der Vereinten Nationen und verschiedener Hilfsorganisationen wurde seit Freitag der Zugang zum Lager Kalma verweigert, sagte Jennifer Abrahamson, Sprecherin des UN-Büros. In dem Lager, in dem ein mutmassliches Mitglied der arabischen Dschandschawid-Milizen getötet worden sein soll, leben etwa 90 000 Flüchtlinge. (sda)

Umfassender Abzug

Bush kündigt Abzug von zehntausenden Soldaten aus Europa an

CINCINNATI/FRANKFURT - US-Präsident George W. Bush hat eine umfassende Neuordnung der US-Truppen im Ausland mit erheblichen Folgen für Deutschland angekündigt. Bush sagte am Montag vor Veteranen in Cincinnati (US-Staat Ohio), dass bis zu 70 000 in Europa und Asien stationierte Soldaten verlegt werden sollten.

Ein Grossteil davon soll in die USA zurückkehren, einige Einheiten könnten aber auch nach Osteuropa verlegt werden. Auch aus der Bundesrepublik sollen nach Angaben des Pentagons Einheiten abgezogen werden. Dem Vernehmen nach sollen die 1. US-Panzerdivision mit Sitz in Wiesbaden und die 1. Infanteriedivision in Würzburg durch kleinere Verbände ersetzt werden. Die Bundesregierung wollte Bushs Ankündigung zunächst nicht kommentieren. In Regierungskreisen hiess es, eine abschliessende Entscheidung über die Zukunft der Standorte der US-Streitkräfte in Deutschland sei nicht angekündigt worden. Das Auswärtige Amt betonte, man sei in Konsultationen von den USA über die Pläne informiert worden. Darin seien auch die Bundesländer einbezogen worden. Die rheinland-pfälzische Landesregierung erklärte, Bushs Rede habe



Auch aus der Bundesrepublik sollen nach Angaben des Pentagons Einheiten abgezogen werden.

keine Neuigkeiten erhalten. Unklar bleibe vor allem das Schicksal des Luftwaffenstützpunktes Spangdahlem. Man gehe aber davon aus, dass die 1. US-Panzerdivision aus Deutschland abziehen werde, sagte Innenstaatssekretär Karl-Peter Bruch. Beim Standort Baumholder werde über einen Er-

satz durch leichtere US-Truppen und Bundeswehrsoldaten verhandelt.

Um positives Klima bemüht

Die hessische Landesregierung äusserte sich zurückhaltend. Regierungssprecher Dirk Metz sagte, man werde sich weiter um ein posi-

tives Klima mit den Amerikanern bemühen. Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber erklärte, er werde sich für den Verbleib möglichst vieler US-Soldaten in Bayern einsetzen. Der stellvertretende Bürgermeister von Kitzingen, Franz Böhm, sagte, ein Abzug wäre «ein Riesenschlag». (sda)

Ende des Aufstandes fordern

Irak: Nationalkonferenz sendet Delegation zu Schiitenführer el Sadr

NADSCHAF - Eine Delegation der irakischen Nationalkonferenz soll den radikalen Schiitenführer Muktada el Sadr und seine Milizen zur Einstellung der Kämpfe in Nadschaf bewegen. Dies beschloss die in Bagdad tagende Konferenz.



Dem radikalen Schiitenführer Muktada el Sadr (Bildmitte) solle freies Geleit garantiert werden.

Eine Mehrheit der Delegierten in Bagdad stimmte am Montag für den Vorschlag des schiitischen Geistlichen und Verwandten el Sadr, Hussein el Sadr, in Nadschaf noch einmal zu verhandeln. Die Delegation werde in Kürze aufbrechen und ein Ende des Aufstandes fordern, sagten Delegierte. Muktada el Sadr und dessen Anhänger sollten aufgefordert werden, sich

aus der Imam-Ali-Moschee, einem der wichtigsten Heiligtümer der Schiiten, zurückzuziehen, die Waffen niederzulegen und sich in eine politische Partei umzuwandeln. El Sadr solle freies Geleit garantiert werden. Er dürfe in Nadschaf bleiben, aber nicht in der Moschee.

Forderungen zurückgewiesen

El Sadr's Sprecher Achmed Schaibani wies die Forderungen umgehend zurück. Über sie könne einzig auf dem Verhandlungsweg entschieden werden, nicht aber aufgrund einer «einseitigen Entscheidung», sagte Schaibani in Nadschaf. El Sadr und seine Miliz seien zum Empfang der Delegation bereit. (sda)

Chávez feiert Sieg

Opposition spricht von Wahlbetrug

CARACAS - In Venezuela hat der umstrittene Präsident Hugo Chávez den Machtkampf mit der Opposition für sich entschieden. Er gewann das gegen ihn gerichtete Referendum nach Angaben der nationalen Wahlkommission (CNE).

Laut der CNE stimmten 58,25 Prozent der Wähler für Chávez' Verbleib im Amt. 41,74 Prozent stimmten für eine Absetzung. Nach Angaben des Leiters der Wahlkommission, Francisco Carrasquero, votierten knapp 5 Millionen Wähler für Chávez, während rund 3,6 Millionen ihre Stimme der rechtsgerichteten Opposition gaben. Insgesamt seien bislang rund 94,5

Prozent der Stimmen ausgezählt. Zur Abberufung des Präsidenten hätte die Opposition mindestens 3,8 Millionen Stimmen benötigt - so viel wie der Präsident bei der Wahl im Jahr 2000 auf sich vereinigte. Vor dem Präsidentenpalast in Caracas feierten die Anhänger des Präsidenten. Der 50-jährige Chávez reckte die Faust, als er vor die Menge trat. Der bis Januar 2007 gewählte Linksnationalist Chávez sprach von einem «grossen Sieg». In einer ersten Ansprache sagte er, er werde die Versorgung der Weltmärkte mit Öl aus dem südamerikanischen OPEC-Staat garantieren. Die Ölmärkte reagierten zunächst mit sinkenden Preisen auf das Resultat. (sda)

++++ Zu guter Letzt...++++

Feuerwerk sorgt für rote Köpfe

THUN - Ein Feuerwerk zu Ehren des Basler Fussballtrainers Christian Gross hat in Thun für rote Köpfe gesorgt. Weil die Thuner Behörden das Spektakel verboten hatten, liessen die Veranstalter das Feuerwerk jenseits der Gemeindegrenze steigen. Den Lärm des 25-minütigen Feuerzaubers hatten die Thuner trotzdem. Bewilligt hatten ihn schliesslich die Nachbargemeinde Hilterfingen und der Kanton Bern. «Wir werden umgehend mit den betroffenen Gemeinden in der Region das Gespräch suchen», versicherte der zuständige

Thuner Gemeinderat Heinz Leuenberger. Hilterfingen habe nicht etwa aus bösem Willen das Feuerwerk bewilligt, zeigte sich Leuenberger überzeugt. (sda)



ANZEIGE

VOLKSCARD
GÜNSTIGER GEMÜS WOHNT

DENNER

August-Aktion 2004
25 % auf Früchte und Gemüse
gültig im Denner-Satellit
Schaan und Nendeln
232 00 80 232 46 46

Profitieren Sie als
-Abonnent
von Vorzugspreisen